



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/238 - 14.10.1955

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Warnung an das Finanzministerium	S. 1
Gibt es eine algerische Nation?	S. 3
Zur Adenauer-Biographie in der "Revue"	S. 5
Atomwissenschaftler vor dem Kieler Landtag	S. 7

Neuer Angriff auf den Rechtsanspruch

Von Prof. Dr. Ludwig Preller, MdB

"Die Behauptung, die Sozialleistungsempfänger wären bei der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung nicht gebührend berücksichtigt worden, trifft nicht zu". Diese erstaunliche Feststellung ist in einem Aufsatz zu lesen, den der sozialpolitische Referent des Bundesfinanzministers, Dr. Elsholz, im offiziellen Bulletin der Bundesregierung vom 4. Oktober 1955 veröffentlicht. Wenn Worte einen Sinn haben, heißt dies, die Rentner haben am "Wirtschaftswunder" teilgenommen, und zwar voll teilgenommen, da Herr Elsholz ausdrücklich und als Beweis für seine Darstellung darauf verweist, dass der Sozialaufwand ebenso wie das Sozialprodukt und die Abgabenbelastung sich verdoppelt, also seit 1949 "schrittgehalten" habe. "Alle Vergleichsgrößen zeigen die gleiche hundertprozentige Ausweitung des Geldvolumens."

Die Rentner werden sich wundern; sie sind die einzigen, die von ihrem Glück noch kaum etwas bemerkt haben. Aber die eigenen Zahlen Herrn Elsholz' widerlegen seine unglaublichen Behauptungen. Dividiert man die Rentenauszahlungen durch die nachgewiesene Zahl von Rentenfällen, so betrug eine durchschnittliche Jahresrente in der Rentenversicherung 1949: 720 DM; 1955: 1221 DM. Das ist eine Steigerung um 69 % und nicht um 100 %, wie die Behauptung von Elsholz vermuten lassen will. Und die Kriegsoffiziersrenten sind sogar nur um ganze 2 DM von durchschnittlich 778 DM (1949) auf 780 DM (1955) gestiegen. Die Durchschnittsrenten blieben demnach erheblich hinter der Entwicklung des sonstigen Einkommens zurück.

Man soll gewiß solche Durchschnittszahlen nicht überbewerten. Aber sie zeigen doch, mit welchen Taschenspielertricks das Bundesfinanzministerium glaubt, dem Steuerzahler, dem Rentner und dem Politiker aufwarten zu dürfen.

Und solcher Tricks und unverdauter, für den fiskalischen Zweck zu rechtgestutzter volkswirtschaftlicher Darlegungen ist der Aufsatz des Herrn Elsholz voll. Uns ist jedoch, das sei mit Nachdruck betont, die Sozialreform ein zu ernstes Anliegen, um sie mit leichtfertigen Behauptungen zerreden zu lassen.

Das muss insbesondere zum Mißbrauch des Begriffes "Subsidiarität" gesagt werden, dessen sich Herr Elsholz bereits in der Stellungnahme des Finanzministers zu den Vorschlägen des Bundesarbeitsministers zur Sozialreform und nun wieder in jenem Aufsatz schuldig machte. Es ist schlechterdings unwahr, dass nach dem Subsidiaritätsprinzip "staatliche Mittel grundsätzlich vor einem individuellen Bedarf abhängig gemacht" werden müßten. Soeben erst hat der Jesuitenpater Professor von Nell-Breuning - sogar unter Hinweis auf das Kindergeldgesetz - ausdrücklich festgestellt, dass "mit dem Subsidiaritätsprinzip allein sich bestimmte Lösungen weder begründen noch widerlegen lassen" (Monatsschrift "Stimmen der Zeit", Oktober 1955). Er warnt vor der "Überstrapazierung" dieses Prinzips, durch die "der Sozialreform nicht gedient" wäre.

Herr Elsholz aber verwechselt Subsidiaritätsprinzip und Bedürftigkeits- bzw. Bedarfsprüfung, und er schlägt damit den erworbenen Rechtsansprüchen der Rentner ins Gesicht. Die erwähnten Staatszuschüsse sind bis heute nichts anderes als Ersatz für das vom Staat in die Luft gepulverte Vermögen und den Währungsverlust der Rentenversicherung; sie begründen weder rechtlich noch nach dem Subsidiaritätsprinzip eine Bedürftigkeitsprüfung. Ebenso ist die "organische Zusammenfassung aller sozialen Hilfseinrichtungen auf der Ortsebene" von vornherein diskreditiert, wenn sie der fürsorglichen Bedürftigkeitsprüfung dienen soll.

Das Finanzministerium sei gewarnt: Zahlentricks machen mißtrauisch gegen alle Zahlenbeweise des Ministeriums, und fälschliche Verwendung des Subsidiaritätsprinzips für fiskalische Ziele führt zu konfessionellen Auseinandersetzungen, aus denen wir die Sozialreform doch herauskalten sollten!

Vielleicht klopft Herr Schäffer seinem Referenten einmal auf die Finger und macht ihm klar, dass seine fragwürdigen Theorien dem Ruf des Finanzministers schaden. Denn der Herr Bundesfinanzminister wird ja wohl die mißbräuchliche Anwendung der katholischen Soziallehre gegen die Rentner nicht billigen?

"Möchten Sie Algerier sein?"

b.v. Paris

In Algerien tobt ein blutiger Aufstand. In der französischen Kammer tobte ein erregter Kampf um die Frage, was in Algerien geschehen soll und was nicht geschehen darf. In den Vereinten Nationen, der UNO, verliess, es ist kaum zwei Wochen her, Frankreichs Außenminister Pinay mit der ganzen französischen Delegation den Saal, nachdem es Ägypten und anderen arabischen Staaten mit Hilfe der Sowjet-Union gelungen war, einen Antrag durchzusetzen, der die Behandlung der algerischen Frage durch die UNO verlangt. Einige Tage darauf erklärte der Außenminister Islands, Kerr Gudmundsson, warum auch Island den arabischen Antrag unterstützte: Es handle sich, sagte er, nicht nur um eine innenpolitische, rein französische Angelegenheit, sondern um die Frage der Verletzung von Menschenrechten.

Man könnte dazu neigen, der Auffassung des ehrlichen Isländers, zuzustimmen, wenn er sich nicht, gerade was die Menschenrechte anlangt, in so wunderlicher Gesellschaft befände. Wie sieht es mit eben diesen Rechten in den anklagenden arabischen Staaten aus und wie steht es damit in den Sowjetländern? Ohne jedoch auf diese unschöne Frage einzugehen, darf man vielleicht eine andere wiederholen, die ein Algerier, Absolvent der Pariser Sorbonne, uns an genau dem Tage stellte, an dem die große Kammerdebatte über seine Heimat begann: "Möchten Sie Algerier sein?", fragte er.

Es bedurfte kaum einer Sekunde, um mit einem deutlichen Nein zu antworten. Die Algerier nennen sich Algerier, ohne dass es jemals einen algerischen Staat oder eine algerische Nation gegeben hätte. Sie wurden nach den letzten Kriege zu französischen Bürgern erhoben, ohne alle Bürgerrechte ausüben zu können und ausüben zu wollen. Sie vermehren sich mit ungeheurer Geschwindigkeit, so geschwinde, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht mitkommen konnte. Es herrschen Arbeitslosigkeit und Elend.

Nein, kaum jemand hätte auf die trostlose Frage des algerischen Pariser Doktors mit einem freudigen "Ja, gewiss", geantwortet, selbst wenn kein blutiger Aufstand Algerien erschüttern würde und kein Ausnahmezustand für weite Landesteile erklärt worden wäre. Was aber das Trostloseste an des Doktors Frage war, liess sich unschwer erkennen:

auch er, der sich vor Phrasen hütet, kann keine Formel nennen, durch die das brennende Problem zu lösen wäre. Loslösung von Frankreich? Wäre dadurch Arbeit geschaffen, produzierte dadurch der fruchtbare Boden Eisen oder gar Öl? Wäre dadurch das soziale Elend behoben? Als Frankreich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts begann, den "Seeräuberstaat" zu befrieden, war das Land sehr dünn bevölkert. Bald darauf setzte eine Zuwanderung ein, und in den letzten hundert Jahren stieg die Bevölkerung, die sich vervierfachte, auf 9,5 Millionen Einwohner. In jedem Jahre werden rund 240 000 Kinder geboren.

Der Absolvent der Sorbonne sagt: "Es gibt gute Beamte drüben, die menschlich, vernünftig, ordentlich sind. Es gibt andere, und nicht nur wenige, die mit unseren Leuten umgehen wie mit Dreck, Kerle, die nicht verstehen, dass ein einfacher Mensch nicht begreift, warum er nicht handeln soll wie der Koran es vorschreibt." Richtig; aber Mohammeds Koran sagt etliches, das im Gegensatz zum französischen Bürgerlichen Gesetzbuch steht. Über die Stellung der Frau zum Beispiel. Oder über die Vielehe. Und auch darüber, was man von den Nicht-Muselmanen zu halten hat. Es ist sehr schwer, vielleicht überhaupt nicht möglich, gleichzeitig ein wirklich guter Muselmane und ein wirklich guter französischer Bürger zu sein.

Mancher Franzose möchte heute gern rückgängig machen was vor rund zehn Jahren verkündet wurde; jene Erklärung Algeriens zum Bestandteil des europäischen Mutterlandes. Es war vermutlich voreilig. Den Fanatismus verelendeter Massen hochzupeitschen, ist nicht schwer, den Fanatismus muselmanischer Massen hochzupeitschen aber ist ein Kinderspiel. Ganz gewiss geht es bei dieser Auseinandersetzung nicht nur um Rebellion und Aufstände, nicht nur um innenpolitische, sondern auch um menschenrechtliche Fragen. Aber geht es den arabischen Staaten, die Klage bei der UNO erhoben, wirklich um Menschenrechte? Müßten sie dann nicht erst einmal vor der eigenen Tür kehren? Und geht es ihnen nicht vielmehr um einen Machtanspruch, der in diesem Falle nicht einmal mit dem begreiflichen Kampf gegen den überalterten Begriff des Kolonialismus identisch ist?

Dies war es, was den gerade jetzt zum dreizehnten Male zum Senatspräsidenten gewählten Senator Gaston Monnerville so in Harnisch brachte - dass nämlich Nationen sich der algerischen Sache annehmen, denen die staatsmoralischen Voraussetzungen zu solchem Tun fehlen. Und der Senatspräsident Monnerville dürfte ein feines Gefühl hierfür haben. Denn er ist mit Verlaub, ein Neger. * * *

Trübe Geschichtsfälschung

sp - Durch reinen Zufall und etwas verspätet kommt uns Heft Nr. 39 der "Revue" in die Hände. Die genannte Wochenillustrierte veröffentlicht in Fortsetzungen eine Aßenauer-Biographie, die sich nicht gerade durch Wahrheitsgehalt auszeichnet. So mußte sich der frühere Reichskanzler Dr. Hans Luther gegen eine verfälschende Darstellung aus der Zeit des Kampfes um die Rheinlande im November 1923 wehren. Darin hieß es, dass der damalige Finanzminister Dr. Luther mit Stresemann und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun bereit gewesen wäre, das Rheinland "versacken" zu lassen, eine Behauptung, die im krassen Widerspruch zu den geschichtlichen Tatbeständen steht. Eine Richtigstellung ist unseres Wissens nach bisher in der "Revue" nicht erfolgt.

Die Krone der Entstellungen liefert jedoch die Ausgabe Nr. 39. Sie bezieht sich auf die Eröffnungssitzung des Zonenbeirates am 6. März 1946 und die Begrüßung der deutschen Politiker durch den Oberbefehlshaber und Militärgouverneur. Es heißt da:

"Als erster Politiker wurde Schumacher vorgestellt, dem als Führer der SPD die besondere Sympathie der britischen Labour-Regierung galt. Fliegermarschall Douglas ergriff mit beiden Händen Schumachers Linke - und schüttelte sie betont herzlich."

Der Autor, es handelt sich in diesem Fall um den CDU-Mann Dr. Paul Otto aus Canabrück, der die Zitate dem eigentlichen Buchverfasser Paul Weymar angeblich erzählt hat, schreibt über den Verlauf des Tages dann wie folgt:

"Kurt Schumacher stand damals auf dem Höhepunkt seines Einflusses. Seine Partei wurde von der britischen Besatzungsmacht begünstigt, und die damalige britische Regierungspartei, die auf gute und enge Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie großen Wert legte, lud Schumacher bereits Ende November 1946 nach London zu einem Besuch ein."

Das ist übelste Geschichtsklitterung. In beiden Fällen wird der Versuch gemacht darzutun, als sei die SPD von der britischen Besatzungsmacht bevorzugt. Das steht mit den Tatsachen in absolutem Widerspruch. Es gibt eine ganze Reihe von Tatsachen, die beweisen, dass hier die Unwahrheit gesagt wird. Diese Tatsachen sind:

14.10.1955

- 1.) Die beiden Hauptanliegen des deutschen Volkes und der Sozialdemokraten dieser ersten Besatzungszeit waren: ein planvoller Aufbau der deutschen Wirtschaft und ein planvoller Aufbau der Verwaltung. In beiden Fällen hat die britische Besatzungsmacht bei der Wahl zwischen dem Standpunkt der CDU und der SPD sich für den Standpunkt der CDU und gegen den Standpunkt der SPD entschieden. So hat sie die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Sozialisierung der Grundstoffindustrien verhindert und damit den Keim zu vielen Übeln der Jetztzeit und wahrscheinlich der Zukunft gelegt, außerdem hat sie sich die privatwirtschaftlichen, reaktionären, antisozialen Auffassungen der CDU zu eigen gemacht.
Was den planmässigen Verwaltungsaufbau betrifft, so hatte die Sozialdemokratie durch Kurt Schumacher den Vorschlag einer Zweiteilung des britischen Besatzungsgebietes in zwei große, wirklich lebensfähige Länder oder Verwaltungseinheiten gemacht, während die CDU den Vorschlag der Zerstückelung der britischen Besatzungszone in die vier ungleich großen und zum Teil nur schwer lebensfähigen Länder, so wie sie heute sind, zur Diskussion stellte. General Robertson hörte sich Schumacher und Adenauer an (dafür gibt es Zeugen, die bei dem Gespräch zugegen waren) und entschied sich für die Ideen Dr. Adenauers. Das heißt also, in den beiden entscheidenden Punkten sind die Engländer den CDU und nicht den SPD-Vorstellungen gefolgt.
- 2.) In diesen Tagen jährte sich die 10-Jahresfeier der Kloster Wennigser Konferenz der ersten Tagung der SPD. Was die Teilnehmer an Schikanen der britischen Besatzungsmacht erlebt haben, wie sie gehindert wurden, eine wirklich westdeutsche Konferenz zu machen, die den Kampf gegen die Kommunisten erleichtert hätte, kann jeder der leitenden Teilnehmer der damaligen Konferenz in drastischen Farben schildern. Die Bundestagsabgeordneten Erwin Schöttle und Egon Franke gaben in der soeben erschienenen Gedenkschrift aus Anlass des 10. Jahrestages der Sozialdemokratischen Parteikonferenz in Wennigsen ein anschauliches Bild der Schwierigkeiten, die die britischen Militärbehörden der SPD beim Aufbau in den Weg legten. So durfte kein Delegierter aus der französischen und amerikanischen Besatzungszone und kein Gast irgendeiner Zone oder aus der Stadt Hannover auf Anweisung der britischen Militärbehörden an der Konferenz in Wennigsen teilnehmen.
- 3.) Es ist doch gerade von CDU-Seite bejubelt worden, dass die Haltung von Ernest Bevin eine Million Stimmengewinn für die CDU bedeutet hat. Die SPD hat ausserordentlich unter der Benachteiligung durch die damalige Regierung und Militärregierung gelitten.
- 4.) Schliesslich sollte ja nicht aus der Erinnerung entschwinden sein, dass es Dr. Schumacher war, dem die Engländer drohten, ihn nach Kanada in die Internierung zu schicken, wenn er sich weiterhin zu widerspenstig und ganz besonders unzugänglich bezüglich der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zeigen würde. Das war lange vor der Zeit, als Dr. Adenauer noch (1948) in seinen Äußerungen erkennen liess, dass er sich nicht darüber klar war, ob er sich für West oder Ost entscheiden würde.

Die "Revue" enthält in der gleichen Ausgabe noch andere tolle Fälschungen, so die Unterstellung, Schumacher wäre zu einer Zusammenarbeit mit der Partei Dr. Adenauers bereit gewesen, wenn Herr Adenauer den Führungsanspruch der SPD anerkannt hätte. Dazu wird zu gegebener Zeit Stellung genommen werden. * * *

Landtag wird Atomwissenschaftler hören

sp. Der Kieler Landtag wird in einer seiner nächsten Sitzungen Vorträge von Atomwissenschaftlern über die Möglichkeiten eines wirklichen Schutzes der Zivilbevölkerung in einem etwaigen Atomluftkrieg hören. Die Anregung ging von den Sozialdemokraten aus, die Mehrheit schloss sich ihr nach längerem Zögern an. Schleswig-Holstein als das nördlichste Land der Bundesrepublik nimmt in der NATO-Strategie eine Sonderstellung ein, im Falle des Falles wird seine exponierte Stellung als Verbindungsstück zwischen dem nördlichen und mittleren NATO-Bereich das erste Angriffsziel eines Gegners sein. Exponierte Stellungen aber sind in jeder Hinsicht Gefahrenherde, d.h. die dort ansässige Bevölkerung hat die volle Wucht des Angriffs und Gegenangriffs zu spüren.

Das sind keine theoretischen Betrachtungen. Für Schleswig-Holstein, für seinen Landtag und für seine Politiker ergeben sich daraus im Zusammenhang mit dem westdeutschen Verteidigungsbeitrag ganz konkrete Fragestellungen. Wie ist am besten der Schutz der Zivilbevölkerung gesichert, wie kann ein Höchstmass von Sicherheit für den nicht kämpfenden Teil - in erster Linie Frauen, Kinder und die Alten - gewährleistet werden? Diese Überlegungen veranlassten die sozialdemokratische Landtagsfraktion von der bisher üblichen Parlamentstechnik abzuweichen und die Fachleute heranzuziehen, die auf Grund ihres Wissens und ihrer Forschung dazu Allgemeingültiges zu sagen haben: die Atomwissenschaftler. Diese wissen mehr als die Strategen im Verteidigungsministerium von den Schrecken eines künftigen Krieges, sie wissen, dass ihn im herkömmlichen Rahmen nicht mehr begegnet werden kann. Sie dürfen sicher sein, mit ihren Ratschlägen ein aufmerksames Ohr zu finden.

Niemand weiss, ob der oder die Atomwissenschaftler, die vor dem Kieler Landtag aus der Fülle ihres Wissens um die schrecklichsten Vernichtungswaffen, die der menschliche Geist je erdacht hat, sprechen werden, auch politische und moralische Folgerungen ziehen werden. Aber schon die Tatsache, dass Atomwissenschaftler vor einem politischen Forum, wie es ein Landtag ist, zu Worte kommen sollen, lässt aufhorchen, ist ein tröstliches Zeichen. Die deutsche Politik bekommt dadurch einen mehr wirklichkeitsnahen Aspekt. Den Landtagsabgeordneten wird aus berufenem Munde zu Bewusstsein gebracht, in welcher Gefahrenzone sich die Politik im Atomzeitalter befindet. Aber noch ein anderes: bisher fehlte im bundesdeutschen Bereich die Verbindung von Wissenschaft und Politik, sie liefen getrennte Wege, aber beide sind aufeinander angewiesen, wollen wir als Volk in dieser Zeit bestehen. Die deutschen Atomgelehrten wissen, wie die seinerzeitige aufwühlende Radiorede des Nestors der deutschen Atomwissenschaftler, Prof. Hahn, über die Gefahren der Kobaltkombe zeigt, von ihrer Verpflichtung für die Menschheit; wenn es ihnen gelingt, einen Hauch davon auch auf ein politisches Gremium, wie es ein Landtag ist, zu übertragen, dann ist sehr vieles gewonnen.

Das Beispiel von Kiel verdient Nachahmung.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau